



Bundesminister für EU,  
Kunst, Kultur und Medien

[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

**Mag. Gernot Blümel, MBA**  
Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BKA-353.120/0019-IV/10/2019

Wien, am 1. April 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Gamon, MSc, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Februar 2019 unter der Nr. **2778/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Maßnahmen gegen Desinformation“ gerichtet.

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist unantastbar und stellt einen wesentlichen Grundpfeiler unserer Demokratie dar. Insbesondere Regierungsinstitutionen und öffentliche Einrichtungen tragen eine besonders hohe Verantwortung, freien und unabhängigen Journalismus sicherzustellen. Die Bundesregierung bekennt sich daher zu einem uneingeschränkten Schutz dieses Grundrechts, stellt es doch auch den wichtigsten Grundpfeiler im Kampf gegen Desinformation dar.

Jede Form der Einschränkung ist in Österreich inakzeptabel. Um die Rahmenbedingungen für freien Journalismus bestmöglich zu sichern, wurden auf Initiative der Bundesregierung im Rahmen der Begleitgesetze zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) daher Medien im Hinblick auf die journalistische Tätigkeit vom Anwendungsbereich der DSGVO ausgenommen.

Die einzelnen Fragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1, 4 und 5:**

- *Hat sich Ihr Ressort bisher bereits mit dem Thema Desinformation beschäftigt?*
  - a) *Wenn ja, wer und wann?*
  - b) *Wenn ja, zu welchen Ergebnissen sind Sie in diesem Bereich gelangt?*
  - c) *Wenn ja, wurde eine Entscheidung über zu treffende Maßnahmen getroffen?*
  - d) *Wenn ja, wie sehen die aus?*
  - e) *Wenn nein, warum haben Sie sich bisher nicht mit diesem Thema beschäftigt?*
- *Vertritt Ihr Ressort in dieser Debatte die Position, dass dem Staat eine Rolle bei der Bekämpfung von Desinformation zukommt?*
  - a) *Wenn ja, für welche Rolle des Staates diesbezüglich setzen Sie sich ein?*
  - b) *Wie begründen Sie Ihre Position?*
- *Ist Ihnen der Aktionsplan des Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Thema Desinformation bekannt?*
  - a) *Hat sich Ihr Ressort eingehender damit beschäftigt?*
  - b) *Wenn ja, wer und mit welchem Ergebnis?*
  - c) *Wenn ja, konnten Sie darauf Ableitungen für Österreich machen?*
  - d) *Wenn ja, welche und was sind Ihre weiteren Schritte?*
  - e) *Falls Ihr Ressort sich noch nicht damit beschäftigt hat, warum hat es das nicht?*

Die österreichische Bundesregierung hat im Regierungsprogramm 2017-2022 festgehalten, dass Maßnahmen zur Schaffung von fairen Rahmenbedingungen zur Erhaltung von klassischen Medienunternehmen notwendig sind. Wichtiger Punkt ist dabei, das Ungleichgewicht zwischen den klassischen Medien und den Online-Plattformen zu verringern.

Desinformation stellt dabei ein grenzüberschreitendes Phänomen dar, das eines koordinierten Vorgehens auf europäischer Ebene bedarf. Österreich hat daher das Thema auch während des österreichischen Ratsvorsitzes im 2. Halbjahr 2018 als dringliches Thema behandelt.

Im Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport am 27. November 2018 wurden die Herausforderungen im Kontext von Desinformation erstmals auf Ebene des Ministerrates diskutiert. Die Medienministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten haben betont, dass hochwertiger und professioneller Journalismus von zentraler Bedeutung für die effektive Bekämpfung von Desinformation ist und dass Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz der Bevölkerung im Fokus stehen sollen. Darüber hinaus hat Österreich eine schwerpunktmäßige Debatte über die Rahmenbedingungen von europäischen Medien- und Kulturschaffenden initiiert. Als Ergebnis dieser Debatte wurden am 27. November 2018 „Schlussfolgerungen des Rates über die Stärkung europäischer Inhalte für die Digitalwirtschaft“ angenommen, welche sich auch mit Desinformation und mit der

besonderen Bedeutung der professionellen Medien, der Medienkompetenz und der Verantwortung von Online-Plattformen in ihrer Bekämpfung befassen.

Am 5. Dezember 2018 wurde durch die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst ein Aktionsplan gegen Desinformation vorgelegt, der von Österreich begrüßt wird. Das Bundeskanzleramt beschäftigt sich intensiv mit den darin vorgeschlagenen Maßnahmen und nimmt diesbezüglich eine koordinierende Funktion zwischen allen involvierten Regierungsstellen (BMBWF, BMEIA, BMI, BMVDRJ, BMLV und BMDW) ein.

Der genannte Aktionsplan fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission den Aufbau von Teams aus multidisziplinären unabhängigen Faktenprüferinnen und -prüfern sowie Forscherinnen und Forschern zu fördern, die über spezifische Kenntnisse des jeweiligen lokalen Informationsumfelds verfügen, um Desinformationskampagnen in den verschiedenen sozialen Netzwerken und digitalen Medien zu erkennen und zu enthüllen. Insbesondere auch die Arbeit unabhängiger Medien ist dabei für demokratische Gesellschaften unerlässlich, nicht zuletzt durch das Aufdecken gezielter Falschinformation und deren Richtigstellung. Die Rolle staatlicher Akteure hat sich hier auf die eines Wegbereiters („Facilitators“) zu beschränken, um von vorneherein jeden Anschein von staatlicher Einflussnahme zu verhindern. Das Bundeskanzleramt hat sich diesbezüglich mit dem Kompetenzzentrum der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) beraten. Nach Auskunft der RTR wird am 8. April eine Veranstaltung unter dem Titel „Europas digitaler Binnenmarkt und die Grundwerte der EU – [Österreichische] Impulse zwischen der Umsetzung der AVMD-Richtlinie und Herausforderungen der Desinformation“ stattfinden, die sich insbesondere an Personen aus den Bereichen Medien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft richtet. Dabei sollen neben einem Panel zu wirksamen Maßnahmen gegen Desinformation insbesondere auch die Initiativen der Europäischen Kommission als Information für die nationalen Stakeholder vorgestellt werden, um eine weitere Vernetzung zwischen unabhängigen Journalisten, Forschern und Faktenprüfern zu fördern.

Weiter laufen derzeit intensive Vorbereitungen zur Schaffung eines europäischen Frühwarnsystems gegen Desinformation (Rapid Alert System; RAS), um den Datenaustausch und die Bewertung von Desinformationskampagnen zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten zu erleichtern, Warnmeldungen in Echtzeit bereitzustellen sowie den Austausch von bewährten Verfahren zur Bekämpfung von Desinformationskampagnen zu unterstützen. Österreich hat hierzu im Büro des Regierungssprechers eine nationale Kontaktstelle eingerichtet. Das RAS wird vom Europäischen Auswärtigen Dienst und der Europäischen Kommission betrieben und ist seit Mitte März 2019 einsatzfähig. Die geteilten Informationen (Warnungen, Best Practices, Analysen etc.) sollen den Mitgliedstaaten als Hilfestellungen dienen und gemeinsame Reaktionen ermöglichen.

Österreich arbeitet ebenfalls intensiv an mehr Transparenz und Verantwortlichkeit im Internet-Ökosystem, insbesondere was die Tätigkeiten von Online-Plattformen betrifft, damit Internetnutzer zur Identifizierung der Quellen in der Lage sind und wieder mehr Vertrauen in seriöse Information aufbauen können. Dabei wird der Verhaltenskodex, der von den wichtigsten Online-Plattformen unterzeichnet wurde und dessen Umsetzung nun laufend durch die Europäische Kommission evaluiert wird, unterstützt.

Medienkompetenz und kritisches Denken sind essentiell, um die Wirksamkeit von Desinformation abzumildern, wovon auch die Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste), ABl. Nr. L 95 vom 15.4.2010 S. 1 in der Fassung der Richtlinie (EU) 2018/1808, Abl. Nr. L 303 vom 28.11.2018, deren Umsetzung von Österreich zeitnah geplant ist, ausgeht. Diese sieht die Vermittlung von Medienkompetenz als Grundlage zum Verständnis demokratischer Meinungsbildungsprozesse vor. Österreich hat sich zu diesem Thema im Rahmen der europäischen Medienkompetenzwoche („European Media Literacy Week“, 18. bis 22. März 2019) mit Veranstaltungen und Initiativen eingebracht. Am 25. März 2019 fand im Radiokulturhaus eine Podiumsdiskussion zum Thema „Qualität der Information“ mit Expertinnen und Experten sowie Schülerinnen und Schülern statt, die auch über das „SchülerInnenradio“ ausgestrahlt wurde. Daneben wurden im Auftrag des BMBWF alle österreichischen Schulen eingeladen, sich dem Thema Desinformation im Rahmen der europäischen Medienkompetenzwoche zu widmen und auf [mediamannual.at](http://mediamannual.at) „Ideen für den Unterricht“ publiziert. Überdies sind mehrere Veranstaltungen im Rahmen der österreichischen Medienkompetenzwoche im Oktober 2019 geplant. In Form eines „Citizen Science Project“ („Desinformation im Digitalen Zeitalter“) soll das Thema im Schuljahr 2019/20 von interessierten Lehrpersonen weiter intensiv behandelt werden.

In dem von der Europäische Kommission im September 2018 vorgelegten Paket im Hinblick auf die EP-Wahl werden die Mitgliedstaaten ermutigt, ein nationales Netzwerk für die Zusammenarbeit bei Wahlen einzurichten. Dieses Netzwerk wurde vom Bundesministerium für Inneres im November 2018 eingerichtet und beschäftigt sich unter der Leitung des BMI regelmäßig auch mit Bedrohungsszenarien im Kontext von Desinformationskampagnen. Beim kommenden Treffen des europäischen Wahlkooperations-Netzwerks Anfang April 2019 bestehend aus allen nationalen Kontaktstellen sowie Vertretern der EU-Institutionen soll zudem eine sogenannte „Tabletop Exercise“ durchgeführt werden. Sowohl Vertreterinnen und Vertreter des Bundeskanzleramtes als auch des Bundesministeriums für Inneres werden an dieser Übung teilnehmen.

**Zu Frage 2:**

- *Hat Think Austria sich bereits mit dem Thema beschäftigt?*
  - a) *Wenn ja, inwiefern und mit welchen Ergebnissen?*
  - b) *Wenn nein, warum nicht?*
  - c) *Wenn nein, wäre das nicht eine Idee?*

Desinformation ist ein wichtiges und sehr umfassendes Thema, welches in unterschiedlichen Zusammenhängen und Themenfeldern behandelt wird. Insbesondere etwa im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz war Desinformation eines der Themen im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2019, an der auch die Leiterin der Stabstelle für Strategie, Analyse und Planung im Bundeskanzleramt teilgenommen hat.

**Zu Frage 3:**

- *Welche Linie vertreten Sie im Rat für Allgemeine Angelegenheiten bezüglich Desinformation?*
  - a) *Wie oft ist das Thema im Rat bereits aufgekommen?*
  - b) *Wie haben Sie sich bei den einzelnen Terminen dazu geäußert?*
  - c) *Wie sieht Ihre künftige Strategie diesbezüglich aus?*

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hielt am 8. Jänner 2019 einen Meinungs austausch zur koordinierten Reaktion auf Desinformation mit Fokus auf die Prioritäten des Aktionsplans ab. Österreich hob schwerpunktmäßig die Berücksichtigung von Cybersicherheit im Rahmen der Arbeiten des Wahlkooperations-Netzwerks und Maßnahme Nummer 7 des Aktionsplans mit unter anderem gezielten Kampagnen für die Öffentlichkeit und Training für Medien und Meinungsbildner hervor. Wichtig sind insbesondere Medienvielfalt, die Unterstützung klassischer Medien sowie die Stärkung unabhängiger Medien vor allem in Südosteuropa/ Westbalkan.

**Zu Frage 6:**

- *Stehen in Ihrem Ressort finanzielle Mittel zur Verfügung, die in Maßnahmen zum Thema Umgang mit Desinformation investiert werden könnten?*
  - a) *Wenn ja, wo sind diese im Budget zu finden?*
  - b) *Falls schon Mittel dafür aufgewendet wurden, wofür und in welchem Umfang waren diese?*

Die Mittel werden vom laufenden Aufwand getragen und finden sich in verschiedenen Posten des derzeitigen Budgets wieder. Ob ein eigener Ansatz betreffend Desinformation geschaffen wird, wird Gegenstand weiterer Budgetverhandlungen sein.

Mag. Gernot Blümel, MBA

